

Was hat der Kurs Marx gebracht?

Die jüngere Währung

habe, so ist das bereits der erste Beweis dafür, wie man entschlossen ist, auch in diesem Wahlkampf die Masse systematisch irregulieren. Gerade weil die Zentrumspartei einzig und geschlossen war, ist diese einzige mögliche Lösung endlich gekommen. Gerade weil sie klar erkannte, daß die von den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei angestrebte Neubildung nur ein allzu kurzes Tasein haben könnte, ist der jetzige Abschluß erfolgt. Wenn wir diese Krise zu verantworten haben, ist ganz klar. Ihre Anführer stehen rechts und links vom Zentrum. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo man in England vor Neuwahlen steht, wo in Frankreich auch nicht der leiseste Anschein erwacht werden darf, als ob das deutsche Reichssteuer ausschließlich nach rechts herumgerissen würde, wollte das Zentrum keine Krise. Das einmal eine Umbildung kommen sollte, die in etwa den Parteistärken entspräche, das stand allerdings auch beim Zentrum fest. Aber es hätte auch für diese Umbildung günstigere Augenblicke gegeben. Der Kanzler selbst hat diesen Standpunkt vertreten, aber er wurde zu seinem gegenwärtigen Bemühungen gedrängt. Es mutet aber als äußerst unpolitisch und unverfahren an (man könnte auch schärfere Ausdrücke gebrauchen), wenn die Rechtsopposition einer Krise der Mitte spricht, durch die diese ganze gegenwärtige Lage herausgeschworen worden sei. Wenn die Leiter solcher Blätter allerdings an Hand der tatsächlichen Ereignisse sich kein besseres Urteil zu Bilden imstande sind, dann ist damit viel erklärt für Wahlertfolge der Rechtsparteien. Man hätte es auch kaum für glaubhaft halten sollen, daß eine Zeitung wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die doch sonst das Gesicht meistens wohl zu wahren weiß, den Kanzler Marx schon vor einigen Tagen dahin skizziert, daß er im Zeichner der Dr. Ulrichberger vor der Verantwortung die Umbildung der Regierung betreibe. Über wenn man behauptet, daß die Reichsregierung die Männer des großen Klüngels darstelle. Solche Ausführungen sind geradezu insam, wenn man bedenkt, daß ausgerechnet die jetzige Regierung in den schwersten Zeiten mit der größten Verantwortung im Gegensoh zu den nichtsleisenden oppositionellen Parteien Deutschland auf einen besseren Weg geführt hat, und daß gerade der Name Marx als der Inbegriff von Rechtssicherheit und Verantwortungsbemühtsein, nicht nur bei seinen Freunden, sondern auch bei seinen Gegnern, nicht nur im Inland, sondern genau so im Ausland überragende Geltung hat. Wenn man schon mit solchen Waffen zu kämpfen beginnt, wie wird dann erst die kommende Zeit des Wahlkampfes aussehen.

Es beginnt nun wieder eine Zeit der Arbeit für das ganze Volk. Mancher wird mit Unlust an diese Neuwahlen denken. Er wird geneigt sein, alles stillschweigend über sich ergehen zu lassen, weil er „genug“ vom politischen Leben hat. Die so Denkenden sind im größten Irrtum. Es steht jetzt die Entscheidung bevor. Und wenn wir endlich Ruhe haben wollen, so muß diese Entscheidung für lange Jahre gelten. Es heißt heute die wahre Harpe bekennen, die wir nach unserer tiefsten Überzeugung bekennen können. Es wird für alle christlich und katholisch Denkenden nicht schwer sein, den rechten Weg zu finden. Die Partei der Mitte, das Zentrum, wird sich auch in diesem Kampfe ehrlich schlagen. Lassen wir uns nicht betören von glänzenden Worten in Rede und Schrift. Urteilen wir nüchtern nach dem wahren Stande der Dinge und wir werden erkennen, daß die Politik des Zentrums in der Gesamtheit aller kulturellen und politischen Belange einzig allen christlichen und katholischen Wählern gerecht zu werden vermöge.

J. U.

Was das Ausland sagt

London, 21. Oktober. Die Auflösung des deutschen Reichstages wird in der Presse viel besprochen. „Daily Telegraph“ schreibt: „Jedem unparteiischen Beobachter sei eine Auflösung als der einzige mit den eigenen Interessen Deutschlands übereinstimmende Weg erschienen. Der neue Reichstag werde sicher lebensfähiger sein.“ — „Daily News“ sagt, die Auflösung beende das an einer Pforte grenzende Schauspiel, das man in den letzten vier Wochen erlebt hat. Bei den kommenden Wahlen werde Deutschland entscheiden müssen, ob die Republik ein lebensfähiger Faktor sei. — Der Berichterstatter der „Times“ betont, daß das Kabinett Marx eine erfolgreiche Regierung war, unter der eine vollständige Reform der Finanzen ausgeführt, und das Reparationsproblem durch die Annahme des Dawesplanes einer Lösung beträchtlich näher gerückt wurde. — In einem Beitrag der „Times“ heißt es: Trotz der Geschicklichkeit und der Fähigkeiten der führenden Männer Marx, Stresemann und Luther, hatte die Regierung während der ganzen Zeit schlechtes Werk. Marx habe alle Möglichkeiten einer parlamentarischen Koalition erworben. Neuwahlen seien tatsächlich die beste Lösung. Eine Regierung, die hauptsächlich mit vier deutschnationalen Parteien beladen gewesen wäre, würde sich sicher als unfähig erwiesen haben, die vielen auswärtigen Probleme klug zu behandeln.

Paris, 21. Oktober. „Quotidien“ schreibt: Der Reichstag vom 4. Mai ist aus der Politik des nationalen Blocks und der Inflation hervorgegangen. Die Auflösung ist ein Ergebnis der französischen Wahlen vom 11. Mai. Wenn die republikanischen Elemente in Deutschland diesmal den Sieg davontragen, so wird der nächste Reichstag ein Faktor des Friedens und der Wiedervereinigung sein. — Gustav Herne schreibt in der „Volksstimme“: Deutschland steht an einem wichtigen Scheideweg. Wir werden jetzt sehen, ob es nach rechts zu den Parteien gehen will, die die Wiederaufrichtung der Hohenzollern und der Revanche fordern, oder nach links zu den Parteien, die die Republik und somit den Frieden wünschen. — „Oewore“ sagt, was man in Frankreich erwarte, das sei der Sieg der Ideen des sozialen Fortschritts und des Friedens zwischen den Völkern. Ob die Mehrheit von morgen nur nationalistisch oder sozialistisch sein mag, die Revision des Friedensvertrages von Versailles, die Erleichterung der Verpflichtungen, die Deutschland der Dawesplan auferlegt, werden immer erstrebt werden.

Wahlen auch in Norwegen

Christiania, 21. Oktober. Heute finden die Wahlen zum norwegischen Storting statt. Das Ministerium Blochwitz kam erst vorwigen Monaten ans Ruder und hat inzwischen zur Genüge gezeigt, daß es den Kampf mit den Spirituscommunismen nicht aufnehmen kann. Das Alkoholverbot ist in letzter Zeit in Norwegen eine höchst unpopuläre Sache geworden. Der Wahlkampf wird unter der Parole: Verbesserung der Finanzen und Kampf gegen den Kommunismus geführt. Die Kommunisten haben mit ihren Dynamitattentaten und anderen Gewalttätigkeiten in der letzten Zeit die Volksstimme gegen sich erregt. Sie haben sich in zwei Parteien geteilt, die einander sehr bekämpfen. Man glaubt, daß die Sozialdemokratie auf Kosten der Kommunisten viele Stimmen gewinnen wird. Die Konservativen mit ihrem Führer Abraham Bergé, die durch Aufhebung des Branntweinverbotes der Staatskasse das Geld zu führen wollen, das heute in die Taschen der Schmuggler geht,

wenige Tage vor diesem 15. November mit schnellem Entschluß den öffentlichen Dienste zur Verfügung gestellt. Der groÙe Bedeutung dieser Ämter Ministrung für die Sachenkreis Durchführung der Einführung der Rentenmark und der Erhaltung des Wertes des neuen Zahlungsmittels gewinnt die Reichsbankregierung mit Anerkennung und Dankbarkeit.

Mit aufrichtiger Hochachtung bin ich sehr verehrter Herr Reichsbankpräsident,

Ihr sehr ergebener

ges. Marx.“

Die forschireitende Belagerung der Ruhr

Dortmund, Eichhofen, Mannheim geräumt.

Dortmund, 21. Oktober. Die heutige Besatzungsbehörde hat der Dortmunder Polizei gestern offiziell mitgeteilt, daß sie am Mittwoch um 10 Uhr vormittags die Stadt räume. In den Kreisen der Dortmunder Bevölkerung glaubte man jedoch, daß die Franzosen schon in der Nacht abrücken würden.

Durch die französische Besetzung sind in der Stadt Dortmund 560 Wohnungen mit 1100 Zimmern, 7 städtische Schulen, vorübergehend das Goethe-Pyramide, ferner das staatliche Gymnasium, 5 städtische Verwaltungsgebäude, die für 600 Mann bestimmte neue Schuppenkaserne, das Hauptpostamt, das Eisenbahndienstgebäude, vorübergehend das Oberbeamt, der Schlachthof, das Stahlhaus und andere Gebäude beschlagnahmt worden.

Es ist noch nicht bekannt, wohin die Truppen am 22. 10. abrücken werden.

Karlsruhe, 21. Oktober. Wie wir erfahren, wird die französische Besetzung morgen früh 7 Uhr das Karlsruher Halbkreisgebiet verlassen. Ein kleines Kommando für interalliierte Schiffshafenkontrolle bleibt zurück.

Koblenz, 21. Oktober. Die Bahnhöfe Limburg und Eichhofen sind von der Regie an die Reichsbahnverwaltung zurückgegeben worden. Die Übergabeverhandlungen wiederholen sich reibungslos ab. Die Besetzung der Stadt Limburg wird am 21. Oktober mittags aufhören. Aus Eichhofen sind die französischen Posten bereits abgezogen. Nachdem die bisher befreiten Teile des Kreises zwischen geräumt worden sind, ist der Kreis Limburg vom 23. Oktober an vollkommen von der Besetzung frei, so daß von diesem Tage ab der Kreis wieder zum unbefestigten Gebiet gehört. Mannheim wird heute geräumt.

Der Riesenerfolg der Deutschland-Auslese

Amsterdam, 21. Oktober. Wie das „Algemeen Handelsblad“ erfährt, ist die deutsche Auslese auch hier hundertprozent überzeichnet worden, so daß nur ein Prozent zugestellt werden kann.

Die Landespolitik aussieht. Bei Ablegung dieser Richtlinien seien, wie es in der Enthüllung heißt, die sozialdemokratische Landtagsfraktion und die Landesinstanzen verpflichtet, sofort die Initiative für die Auflösung des Landtages und für die Neuwahl zu ergreifen. Andere Entschlüsse, die die Bekämpfung Zeigers und eine allgemeine Amnestie für Landstreitensbrüder projektierten, fanden einstimmige Annahme.

Die christlichen Gewerkschaften Leipzigs

haben in einer Versammlung am Sonnabend Stellung genommen zum Kölner Gewerkschaftskrieg und zu der jetzigen arbeitspolitischen Lage. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Viele neue Mitglieder konnten begrüßt werden.

Folgende Entschließung wurde gefaßt:

Die im Evangelischen Vereinshaus zahlreich versammelten Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Leipzigs nehmen mit Bekämpfung Kenntnis von den Maßnahmen der Reichsregierung, die kostete für die Lebenshaltung des deutschen Volkes zu verbilligen. Leider sind diese Maßnahmen ins Gegenteil umgedeutet. Seit Wochen ist in den Preisen aller notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgütern eine Aufwärtsentwicklung eingetreten, die durch nichts begründet werden kann. Die Löhne sind trotz größerer Anstrengungen der Gewerkschaften nicht entsprechend erhöht worden. Dadurch ist die Spanne zwischen Einnahmen und Ausgaben im Arbeitshaushalt weiter zu ungünstigen der breiten Massen verschärft worden. Vor der Regierung und den Aufsichtsbehörden fordern wir im entschiedenen Eintritt gegen die fortlaufenden Preissteigerungen. Der Unterschied zwischen Preisen und Produktionskosten ist vielfach mehr so doppelt so hoch wie vor dem Kriege.

Nicht durch Worte, sondern durch praktische energische Maßnahmen muß diesen preiszweckenden Wirkungen der unzähligen Vermehrten Mitgliedschaften des Handels- und der Kartell-

entgegengetreten werden.

Berliner Börse

Mitglieder von unten

Berliner Börsenbericht (Zettelbericht)

Wertsteigerung in Millionen

21. Oktober

21. 10. 17. 10.

Deutsche Aktien 58 41,76

Deutsche Aktien 11,875 17,76

Chem. Aktien 16,5 16,29

Tele. Aktien 10,5 9,6

Minen 12 9,3

Finanz 16,0 16,0

Alteisen 16,9 17,2

Metall 12 16,76

Alte. Metall 16,8 16,76

Alte. Metall 8,75 8,75

Alte. Metall 41,75 41,75

Chem. Aktien 4,125 4,125

Welt 17,30

Welt 10,5

Welt 10,875 10,875

Welt 44,75 45,75

Welt 4,75 4,75

Welt 2,75 2,75

W